

Infobrief „Isla Trinitaria“

Ausgabe Nr. 5



Solidaritätsfond Ecuador e.V.

Liebe Freundinnen und Freunde,

Im Dezember 2007 feiert unser Verein Solidaritätsfond Ecuador e.V. sein 6-jähriges Jubiläum. Das durch den Verein unterstützte Projekt im ecuadorianischen Guayaquil besteht nun seit über 5 Jahren und konnte in dieser Zeit durch regelmäßige Spenden von Freunden und Unterstützern stetig wachsen.

Wir freuen uns den LeserInnen das mittlerweile fünfte Exemplar des Infobriefes präsentieren zu können. Es enthält neben dem Situationsbericht aus dem Projekt auch aktuelle News aus Ecuador, die wir für interessierte LeserInnen aus verschiedenen Quellen zusammengestellt haben.

An dieser Stelle möchten wir unseren treuen SpenderInnen und UnterstützerInnen für die finanziellen Zuwendungen und das entgegengebrachte Vertrauen herzlich danken! Ohne Ihre und Eure Hilfe könnte das Projekt nicht weitergeführt werden. Insbesondere die Mitarbeiterinnen und die Familien in Ecuador hoffen, dass die finanzielle Unterstützung fortgeführt werden kann.

Außerdem möchten wir die LeserInnen, die den Solifond Ecuador e.V. und das Projekt erst kennengelernt haben, aufrufen, den Verein in seiner wichtigen Arbeit zu unterstützen. Das kann neben einer einmaligen oder regelmäßigen Spende auch die Arbeit im Verein oder eine Voluntärstätigkeit in Ecuador sein. Dazu möchten wir Interessierte bitten auf unserer Homepage weiter zu lesen oder sich unter den angegebenen Kontaktadressen direkt an uns zu wenden.

www.solifond-ecuador.de

Neuigkeiten aus dem Projekt „Isla Trinitaria“, Guayaquil. (Dezember 2007)

Im Oktober 2007 besuchte Vereinsmitglied und Projektmitbegründer Rafael Maschke aus Jena für einige Wochen das Projekt. Er konnte sich einen Eindruck der aktuellen Situation und über die Aktivitäten im Projekt verschaffen. Zudem wurden mit den vor Ort arbeitenden Mitarbeiterinnen anstehende Aufgaben und mögliche neue Projekte diskutiert.

Nach wie vor werden im Projekt ca. 25 Kinder mit einer warmen Mahlzeit gegen einen geringen Kostenbeitrag versorgt. Außerdem gibt es die Möglichkeit der Hausaufgabenbetreuung und gezielten schulischen Förderung für die Kinder durch die Mitarbeiterinnen. Einige der Kinder sind nun schon seit mehreren Jahren im Projekt und konnten deutliche Fortschritte im schulischen Bereich verzeichnen. Außerdem fühlen sie sich im Projekt sehr wohl, da sie hier so akzeptiert werden wie sie sind. Immer wieder werden neue Kinder im Projekt aufgenommen, die diese Hilfe dringend benötigen. Auch die Familien bzw. die meist alleinerziehenden Mütter sind sehr froh und dankbar für die Betreuung ihrer Kinder.

Durch steigende Kosten für Lebensmittel, Gas, Wasser etc. und durch die Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die MitarbeiterInnen benötigt das Projekt nunmehr ca. 650 US Dollar monatlich.



Zudem wird das Projekthaus für Wochenendseminare speziell für afroecuadorianische Jugendliche und junge Erwachsene genutzt. Im Moment finden Workshops zum Thema „Aidsprävention“ und der „Umgang mit AIDS“ statt, die von der Immunschwäche betroffenen Personen geleitet werden.



Durch die bessere Auslastung des Projekthauses können immer mehr Menschen aus dem Stadtteil erreicht werden. Das Projekt ist im Stadtteil etabliert und wird auch darüber hinaus anerkannt. Momentan nutzen wöchentlich ca. 60 bis 100 Menschen die Angebote im Objekt.

Momentan nutzen wöchentlich ca. 60 bis 100 Menschen die Angebote im Objekt.

Im Oktober 2007 begannen zudem weitere notwendig gewordene Bauarbeiten im Projekt, die bis Ende des Jahres abgeschlossen sein werden. Das Grundstück hinter dem Projektgebäude wurde durch einen Zaun geschlossen, um ungeliebte Besucher fernzuhalten. Außerdem soll eine großzügige, überdachte Terrasse verschiedene Aktivitäten im Freien auch in der Regenzeit von Dezember bis Mai ermöglichen. Für diese Maßnahmen werden ca. 2500 Dollar benötigt.



Künftig soll nach dem Willen der Mitarbeiter und der Vertreter des Vereins Solifond Ecuador neben den bisher betreuten Kindern noch eine weitere Kindergruppe für unter 5-jährige entstehen. Dies erfordert jedoch noch eine Vorbereitungsphase, die nach unserer Meinung mehrere Monate in Anspruch nehmen wird. Dafür sind u.a. auch einige bauliche Veränderungen im Haus erforderlich. So sollen zusätzlich sanitäre Anlagen entstehen und ein Raum im Gebäude für die "Kleinen" abgetrennt werden. Wie viele Kinder betreut werden könnten, ist momentan noch nicht absehbar. Unter anderem wird das Gelingen dieses neuen Projekts von der Bewilligung staatlicher Mittel abhängen, welche jedoch erst beantragt werden müssen. Ohne jegliche staatliche Unterstützung wird es uns nicht möglich sein, das Vorhaben auch umsetzen zu können.

von Rafael Maschke

News aus Ecuador

Wahl für verfassungsgebende Versammlung: Klarer Sieg für Correas Präsident Liste. Correa strebt Umbau des politischen Systems an

Quito - Aus der Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung in Ecuador ist der linksgerichtete Staatspräsident Rafael Correa als deutlicher Sieger hervorgegangen. Seine Bewegung "Einigung für das Land" (Acuerdo País) erreichte laut Hochrechnungen einer Nichtregierungsorganisation vom Montag bequem die absolute Mehrheit der 130 Sitze in der Versammlung. Damit erhält Correa bzw. seine Abgeordneten in der verfassungsgebenden Versammlung theoretisch die Möglichkeit, das bisherige Parlament aufzulösen; diese Möglichkeit diene jedoch im Vorfeld eher als Schreckgespenst der Opposition. Nach frühestens sechs Monaten (mit zwei Monaten Verlängerung ist angesichts des knappen Zeitrahmens zu rechnen) soll die verfassungsgebende Versammlung über die neue Verfassung, die Correa sozial gerechter gestalten will, in einem Referendum abstimmen.

Correa kündigte an, dass er die Banken verpflichten werde, ihre Zinsen zu senken. Der frühere Wirtschaftsminister hob die "Einheit" des Landes hervor und warf einer "kleinen Minderheit rechtsgerichteter Oppositioneller" vor, Spaltungen heraufzubeschwören. "Wir haben die Mutter aller Schlachten gewonnen", sagte Correa nach der Abstimmung vor jubelnden Anhängern in Quito. Zur Wahl für die verfassungsgebende Versammlung waren mehr als 3200 Kandidaten aus fast 500 Parteien und Gruppierungen angetreten. Im April hatten sich die Bürger Ecuadors in einem Referendum mit deutlicher Mehrheit für die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung ausgesprochen.

Correa will mit der verfassungsgebenden Versammlung die Macht reichen Eliten des Landes brechen. Die Versammlung soll die Verfassung des südamerikanischen Landes reformieren.

Umbau des politischen Systems

Correa hat jedenfalls einen radikalen Umbau des politischen Systems angekündigt. Er will die Rechte der Parlamentarier beschneiden, die bei vielen Ecuadorianern als korrupt verschrien sind: Die Abgeordneten sollen weniger Einfluss zum Beispiel auf die Justiz ausüben können. Ziel ist es Correa zufolge, die Stabilität zu erhöhen. Die Parlamentarier und rasch wechselnde Koalitionen, bei denen es den einzelnen Abgeordneten häufig um ihren Vorteil oder den ihrer Provinz ging, hatten maßgeblich dazu beigetragen, dass in den vergangenen zehn Jahren drei Präsidenten vorzeitig entmachtet wurden.

Die Opposition wirft Correa dagegen vor, er wolle ähnlich wie Venezuelas Hugo Chavez auf Kosten der Demokratie seine Macht ausbauen. Investoren beobachteten die Wahl mit Argwohn. Sie fürchten, Correa könne bei einem klaren Sieg die staatliche Kontrolle über die Wirtschaft und die Bodenschätze ausbauen. In der Verfassung von 1998 waren einzelne Punkte festgeschrieben, welche die Macht des Staates zugunsten des Marktes verringerten. Die spielte, teilweise bei der Inflation und anschließenden Einführung des US-Dollars eine Rolle. Eine Rückname dieser neoliberalen Grundsätze erscheint daher möglich. Ecuador ist der fünftgrößte Erdölproduzent Südamerikas.

Correa strebt einen "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" an - mit kostenlosem Gesundheits- und Bildungswesen, aber ohne Verstaatlichung privater Unternehmen. Sein Ziel sei es, den Reichtum gerechter zu verteilen, erklärte er vor dem Urnengang. Derzeit verfügen zehn Prozent der Bevölkerung über 40 Prozent des Vermögens. Von den 13,6 Millionen Einwohnern waren 9,3 Millionen zur Wahl aufgerufen.

aus: der Standard 23.11.2007

Rechtliche Schritte gegen ausländische Ölfirmen

Der Chef des staatlichen Unternehmens Petroecuador, Carlos Pareja, hat bekannt gegeben, dass Ecuador gegen zwei ausländische Ölfirmen rechtliche Maßnahmen ergreifen wird. Zum einen soll der Vertrag mit der panamesischen Ölfirma City Oriente für ungültig erklärt werden. Zum anderen werde gegen die nordamerikanische Occidental Petroleum (Oxy) ein internationales Verfahren eingeleitet. Diese Schritte würden ergriffen, weil die betroffenen Firmen gegen ein seit April 2006 geltendes Gesetz verstoßen würden. Besagtes Gesetz regelt, dass Gewinnüberschüsse, die aus der Differenz zwischen der fixen Notierung des Rohöls laut Verträgen und der tatsächlichen Notierung am Markt entstehen, zu gleichen Teilen zwischen dem Unternehmen und dem Staat aufgeteilt werden müssen. Pareja wies darauf hin, dass Petroecuador die Annullierung des Vertrages mit City Oriente

wegen dessen Schulden in Höhe von 28 Millionen US-Dollar anstrebe. Außerdem gab Pareja bekannt, dass die Gerichtsverfahren gegen Occidental Petroleum bereits eingeleitet worden seien. Deren Vertrag war bereits im April 2006 wegen illegalen Aktienverkaufs annulliert worden.

Zudem setzte Petroecuador Maßnahmen in Gang, um die Schulden der spanischen Ölfirma Repsol-YPF in Höhe von 2 Millionen Dollar einzutreiben. Parejo deutete dem Sender Teleamazonas gegenüber an, dass Petroecuador die Situation des chinesischen Unternehmens Andes Petroleum und der brasilianischen Petrobras ebenfalls überprüfe.

aus: Poonal, Nr. 788, 13.11.2007

99 Prozent der Erdöleinnahmen gehen an den Staat

Ecuadors Präsident Rafael Correa hat eine Verfügung unterzeichnet, die festlegt, dass 99% der Extra-Einnahmen aus dem Verkauf von Erdöl künftig beim Staat verbleiben und der Rest von einem Prozent bei den Unternehmen. Bisher teilten sich Staat und Unternehmen diese Einnahmen gleichmäßig auf.

Der Staatschef sagte: „Die Regierung der 'Revolución Ciudadanía' betrachtet es als unzureichend, dass der ecuadorianische Staat aufgrund eines Partizipationsvertrages während der vergangenen Jahre nur die Hälfte von anfallenden Extra-Einkünften erhalten hat. Deshalb wird das neue Gesetz eine Verteilung, bei der dem Volk von 100 Barrel Erdöl gerade mal zwischen 46 und 48 Barrel bleiben, ausschließen.“

Der Minister für Bergbau und Erdöl, Galo Chiriboga, erklärte seinerseits, dass die neue Maßnahme dem ecuadorianischen Staat zusätzliche Einnahmen von 70 Millionen US-Dollar monatlich beschere werde.

Über die kürzlich getroffene Maßnahme sagte Generalstaatsanwalt Xavier Garagenhof: "Das Erdöl gehört dem Staat (...) und jeder Vertrag basiert auf einer gerechten Verteilung, aber in diesem Fall müssen die Preisschwankungen dem Eigentümer der Ressource zu Gute kommen."

aus: Poonal, Nr.786, 16.10.2007

Mobilfunkfirmen sollen Armen Handyrechnungen bezahlen

Ein Prozent des Umsatzes soll in Sozialfonds fließen, sonst droht Lizenzverlust

Quito - Ausländische Mobilfunkfirmen sollen nach dem Willen der Regierung in Ecuador künftig einen Teil der Handyrechnungen von armen Bürgern bezahlen. Dafür solle ein Sozialfonds eingerichtet werden, an den die Konzerne etwa ein Prozent ihres Umsatzes abgeben müssten, sagte ein Regierungsvertreter am Donnerstag. Sollten sich die Firmen weigern, müssten sie das Land verlassen. Durch neue Lizenzverträge sollten den Firmen zudem erhebliche Strafen drohen, wenn ihre Mobilfunknetze ausfallen. In Ecuador lebt fast jeder zweite der rund 13 Millionen Einwohner unterhalb der Armutsgrenze.

Ecuadors Präsident Rafael Correa will die Lizenzverträge der ausländischen Mobilfunkanbieter seit einiger Zeit verändern und dabei auch den staatlichen Einfluss ausbauen. Die störanfälligen Verbindungen sollen durch Androhung von Sanktionen verbessert und die Preise gesenkt werden. Der Mobilfunkmarkt in Ecuador wird fast vollständig von zwei Firmen kontrolliert: der spanischen Telefonica-Tochter Movistar und Porta, einer Tochter des mexikanischen Konzerns America Movil. (Reuters)

aus: der standart, 22.11.2007

Rumichaca (Grenze zwischen Ecuador und Kolumbien)

Soziale und Menschenrechtsorganisationen riefen für den 22. November zu einer Demonstration auf, um der ermordeten und vergewaltigten Frauen zu gedenken, den Missstand der Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen und für soziale Gerechtigkeit sowie friedliche Lösung des bewaffneten Konflikts in Kolumbien zu demonstrieren. Daraufhin versammelten sich ca. 5500 ecuadorianische und kolumbianische Frauen an der ecuadorianisch-kolumbianischen Grenze. Dabei gab es zwei getrennte Demonstrationzüge einer auf kolumbianischer, der andere auf ecuadorianischer Seite, die sich dann zu einer Abschlusskundgebung direkt am Grenzfluss trafen.

Hintergrund ist die Zelebrierung des Gedenktages gegen die Gewalt gegen Frauen am 25. November. Mehr als 1600 kolumbianische Frauen starben in den letzten fünf Jahren aufgrund des im Land herrschenden bewaffneten Konflikts. Der Aufruf zur Demonstration erfolgte den Organisatorinnen zufolge, „weil der Krieg und der zunehmende Militarismus in unserem Land Tod, Schmerz, Vertriebene und Verschwundene verursachen; weil uns Frauen weiterhin Gewalt angetan wird und wir Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung fordern müssen; weil wir gegen die Diskriminierung und Unterwerfung sind, die wir als Frauen erleben; weil wir ein unabhängiges Leben in Würde fordern; weil wir jahrelang politische Vorschläge und Verhandlungslösungen für den bewaffneten Konflikt ausgearbeitet haben; weil wir Tag für Tag unseren Beitrag leisten, ein Land mit Frieden und Gerechtigkeit für alle zu schaffen.“

Auch Ecuador ist direkt vom Konflikt in Kolumbien betroffen, unter dem das Land nun schon seit über 40 Jahren leidet. So kamen etwa 250 000 Flüchtlinge in den vergangenen Jahren nach Ecuador. In der sehr armen nördlichen Grenzregion Ecuadors hat die enorme Fluchtbewegung direkte Auswirkungen für Flüchtlinge und die Bewohner der Region. Ebenso kam es in der Vergangenheit zu bewaffneten Konflikten in der Grenzregion, u.a. wegen der von Kolumbien praktizierten Drogenbekämpfung. Ecuador und Kolumbien haben inzwischen eine sichtlich differente politische Position zu diesem Thema. Bislang werden die Antidrogeneinsätze auch von der nordamerikanischen Militärbasis in Manta aus durchgeführt. Allerdings will Ecuador nach dem Willen der jetzigen Regierung und wohl auch dem vieler EcuadorianerInnen die im Jahr 2009 auslaufenden Verträge mit den USA nicht verlängern, was die Schließung der Militärbasis bedeuten würde.

aus: Indymedia, 27.11.2007; Poonal, Nr. 788, 13.11.2007

Kontaktadressen:

Rafael Maschke
Tel: 03641309495
rafa.maschke@gmx.de

Lieselotte Maschke
Tel: 03644556850

Spendenkonto:

Solidaritätsfond Ecuador e.V.
Sparkasse Weimar
BLZ: 82051000
Konto: 501017828